

FAZ

HESSEN

23.11.18 Der Einfluss der Grünen

Von Ewald Hetrodt



Der Vorwurf lässt sich schwarz auf weiß belegen. Im Entwurf des südhessischen Teilplans für erneuerbare Energien ist eine Stellungnahme der Denkmal-schutzbehörde falsch wiedergegeben. So wird aus einem ablehnenden Gutachten ein positives Votum. Auf dem Taunuskamm geplante Windräder, die bislang nicht genehmigungsfähig waren, sollen künftig erlaubt sein. Die 99 Angehörigen der Regionalversammlung, die sich darauf verlassen haben, dass sie ihre Entscheidungen auf der Grundlage korrekter Unterlagen fällen, müssen sich getäuscht fühlen. Das ist ein Skandal, der die Demokratie beschädigt.

Er wirft Fragen auf: Jahrelang hat die Regierungspräsidentin Brigitte Lindscheid dem Druck ihrer grünen Parteifreunde aus Wiesbaden standgehalten und den Antrag, auf dem Taunuskamm Windräder zu installieren, am Ende aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt. Gerade verteidigt sie diese Entscheidung in einem Gerichtsverfahren. Aber gleichzeitig entsteht in ihrem Haus eine Beschlussvorlage, in der das glatte Gegenteil steht, nachdem alle wichtigen Stellungnahmen hessischer Landesbehörden in ihr Gegenteil verkehrt worden sind. Das passt nicht zusammen.

Wenn als Erklärung nun der Einfluss der von den Grünen geführten Ministerien für Wirtschaft und Umwelt ins Feld geführt wird, löst dies in Wiesbaden Empörung aus. Tatsächlich lässt sich so etwas kaum beweisen. Aber aus der Luft gegriffen ist der Vorwurf keineswegs. Die Regierungspräsidien sind die entscheidenden Schaltstellen für den operativen Ausbau der Windenergie.

Lindscheid wurde dort nicht umsonst plaziert. Als sich im Jahr 2016 abzeichnete, dass ihre Behörde den geplanten Windpark auf dem Taunuskamm nicht erlauben würde, verlegte Umweltministerin Priska Hinz die Gespräche darüber in ihr Haus. Dort befasste sich mit dem Thema eine „Clearingstelle“, die kurz zuvor mit dem Ziel gegründet worden war, „dass möglichst viele Genehmigungsverfahren noch in diesem Jahr positiv abgeschlossen werden können“.

Soll das jetzt so weitergehen? Diese Frage muss in den Koalitionsverhandlungen zwischen Grünen und CDU geklärt werden. Viele Anhänger der Union tun sich ohnehin schwer mit dem Ausbau der Windkraft. Aber auch alle anderen hätten gern die Gewissheit, dass er nach Recht und Gesetz vonstattengeht.